



Gewinnermittlung
nach § 4 Abs. 3 EStG
des Unternehmens

**Dt. Kinderschutzbund
Kreisverband Bayreuth e. V.**

Bayreuth

für das Geschäftsjahr 2020

208/107/60169

Inhaltsverzeichnis

Hauptbericht

1. Auftrag und Auftragsdurchführung	2
2. Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse	3
3. Buchführung und Gewinnermittlung	
4. Bescheinigung	4
5. Vollständigkeitserklärung	5

Erläuterungsteil

Erläuterungen zur Gewinnermittlung	6
------------------------------------	---

Anlagen

Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	12
Entwicklung des Anlagevermögens	13
Allgemeine Auftragsbedingungen	14

I. Auftrag und Auftragsdurchführung

Auftrag

Durch den Vorstand

**Frau Petra Kresin-Cordts
Dt. Kinderschutzbund e. V., Kreisverband BayreuthBayreuth**

erhielten wir den Auftrag, die Einnahmen-Überschuss-Rechnung für das Geschäftsjahr 2020 nach § 4 Abs. 3 EStG zu erstellen und in wesentlichen Punkten zu erläutern.

Unser Auftrag erstreckt sich nicht auf Untersuchungen zur Aufdeckung von Unterschlagungen, die Angemessenheit des Versicherungsschutzes oder die Einhaltung anderer Vorschriften des Steuer-, Arbeits-, Devisen- oder Wettbewerbsrechts sowie sonstiger öffentlich-rechtlicher Bestimmungen.

Auftragsdurchführung

Die Erstellung der Gewinnermittlung erfolgte im Rahmen des erteilten Auftrags.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften" maßgebend.

Über Art, Umfang und Ergebnis meiner Arbeit unterrichtet der nachfolgende Bericht.

2. Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse

Firmenname:	Dt. Kinderschutzbund Kreisverband Bayreuth e. V.
Gesellschaftsform:	e.V.
Sitz des Vereins:	95444 Bayreuth Wittelsbacherring 8
Geschäftsjahr	Als Wirtschaftsjahr gilt das Kalenderjahr
Dauer:	auf unbestimmte Dauer
Finanzamt:	Bayreuth
Steuernummer:	208/107/60169
Gewinnermittlung:	Die Gewinnermittlung erfolgt durch Einnahme-Überschuss-Rechnung gemäß § 4 Abs. 3 EStG

3. Buchführung und Gewinnermittlung

Buchführung

Die Buchführung wurde durch unser Büro auf Grund der uns übergebenen, nicht vorkontierten Buchungsbelege und Auskünfte erstellt. Die Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle erfolgte nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Die Grundlage für die Kontierung und die Auswertung erfolgte nach dem DATEV-Kontenrahmen SKR 03.

Gewinnermittlung

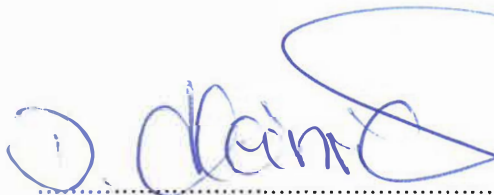
Die Berichtsfirma ermittelt den Gewinn durch Einnahme-Überschuss-Rechnung gem. § 4 Abs. 3 EStG.

4. Bescheinigung

„Wir haben auftragsgemäß die vorstehende steuerliche Gewinnermittlung für das Geschäftsjahr 2020 unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlagen für die Erstellung waren die von uns geführten Aufzeichnungen sowie die vorgelegten Unterlagen und die erteilten Auskünfte, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben.

Wir haben unseren Auftrag unter sinngemäßer Anwendung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt.“

Bayreuth, den 24. März 2021


.....

Daniela Heinrich
Steuerberaterin



5. Vollständigkeitserklärung

Gewinnermittlung für das Kalenderjahr 2020

Ich habe Sie beauftragt, die oben bezeichnete Gewinnermittlung § 4 Abs. 3 EStG ohne Beurteilung zu erstellen.

Die Finanzbuchführung wurde vom Steuerberater erstellt.

Ich habe Ihnen alle Belege und Nachweise für die betrieblich veranlassten Einnahmen und Ausgaben übergeben.

Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben sind vollständig belegt. Die erforderlichen Auskünfte wurden Ihnen vollständig erteilt.

Die vorstehende Vollständigkeitserklärung wurde mit dem Auftragnehmer eingehend besprochen.

Bayreuth, 13.04.21
Ort, Datum


Petra Kresin-Cordts

Erläuterungen zur Gewinnermittlung

A. IDEELLER BEREICH

I. Nicht steuerbare Einnahmen

1. Mitgliedsbeiträge **Euro 5.965,00**

Kontobezeichnung Euro

Beiträge 5.965,00

5.965,00

II. Nicht anzusetzende Ausgaben

1. Personalkosten **Euro 426,47**

Kontobezeichnung Euro

Löhne und Gehälter 330,00

Gesetzliche Sozialaufwendungen 96,47

426,47

2. Raumkosten **Euro 395,93**

Kontobezeichnung Euro

Miete, Pacht 368,63

Raumnebenkosten 27,30

395,93

3. Übrige Ausgaben **Euro 4.295,17**

Kontobezeichnung Euro

Bürobedarf 1.401,06

Porto, Telefon 1.031,98

Abgaben Landesverband 944,98

Versicherungen, Beiträge 779,69

Sonstige Kosten 137,46

4.295,17

**Gewinn/Verlust
ideeller Bereich** **Euro 847,43**

B. ERTRAGSTEUERNEUTRALE POSTEN**I. Ideeller Bereich
(ertragsteuerneutral)****1. Steuerneutrale Einnahmen**

Sonstige steuerneutrale Einnahmen	Euro 70.763,77
--	-----------------------

<u>Kontobezeichnung</u>	<u>Euro</u>
-------------------------	-------------

Spenden	55.408,77
---------	-----------

Bußgelder	<u>15.355,00</u>
-----------	------------------

	<u>70.763,77</u>
--	------------------

Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten	Euro 70.763,77
---	-----------------------

C. VERMÖGENSVERWALTUNG**I. Ausgaben****1. Ausgaben/Werbungskosten**

Sonstige Ausgaben	Euro -704,20
--------------------------	---------------------

<u>Kontobezeichnung</u>	<u>Euro</u>
-------------------------	-------------

Zinsen Vermögensverwaltung	903,96-
----------------------------	---------

Nebenkosten des Geldverkehrs	<u>199,76</u>
------------------------------	---------------

	<u>704,20-</u>
--	----------------

Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	Euro 704,20
---	--------------------

D. SONSTIGE ZWECKBETRIEBE**I. Sonstige Zweckbetriebe 2
(Umsatzsteuerfrei)**

1. Einnahmen aus sonstigen betrieblichen Erträgen **Euro 8.433,50**

Kontobezeichnung Euro

Einnahmen Projekt Fuchs 542,00

Einnahmen Veranstaltungen/Material 7.891,50

8.433,50

2. Ausgaben für Personal

Löhne und Gehälter **Euro 30.479,96**

Kontobezeichnung Euro

Löhne und Gehälter 30.039,54

Kurzarbeitergeld Agentur für Arbeit 1.833,15-

Abgeführte Lohnsteuer 2.273,57

30.479,96

Soziale Abgaben **Euro 13.949,21**

Kontobezeichnung Euro

Gesetzliche Sozialaufwendungen 15.062,57

Beiträge zur Berufsgenossenschaft 275,40

Lohnfortzahlung 1.388,76-

13.949,21

3. Abschreibungen**Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen****Euro 0,00**KontobezeichnungEuro

Sofortabschreibung GWG

0,000,00**4. Ausgaben für sonstige betriebliche Aufwendungen****Euro 25.759,45**KontobezeichnungEuro

Auslagen für Veranstaltungen

2.610,53

Ausgaben Projekt Fuchs

5.591,12

Ausgaben Familienpaten

1.303,46

Ausgaben Rückenwind

5.319,00

Bewertungskosten (abzugsfähig)

0,00

Ausgaben Kinderkurse

415,46

Ausgaben Wortschatz

246,01-

Gebäudekosten

779,70

Strom

518,79

Miete, Pacht

7.004,04

Porto, Telefon

1.031,99

Bürobedarf

1.431,3725.759,45**Gewinn/Verlust****Sonstige Zweckbetriebe 2****Euro -61.755,12**

E. SONSTIGE GESCHÄFTSBETRIEBE**I. Sonstige Geschäftsbetriebe 1**

1. Einnahmen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	Euro	10,76
--	-------------	--------------

<u>Kontobezeichnung</u>	<u>Euro</u>
-------------------------	-------------

Erträge aus Pfand	<u>10,76</u>
-------------------	--------------

	<u>10,76</u>
--	--------------

Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe 1	Euro	10,76
--	-------------	--------------

F. JAHRESERGEBNIS	Euro	10.571,04
--------------------------	-------------	------------------

<u>Kontobezeichnung</u>	<u>Euro</u>
-------------------------	-------------

JAHRESERGEBNIS	<u>10.571,04</u>
----------------	------------------

	<u>10.571,04</u>
--	------------------

Anlagen

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Dt. Kinderschutzbund Kreisverband Bayreuth e.V.
95444 Bayreuth

	Euro	Euro
A. IDEELLER BEREICH		
I. Nicht steuerbare Einnahmen Mitgliedsbeiträge		5.965,00
II. Nicht anzusetzende Ausgaben		
1. Personalkosten	426,47	
2. Raumkosten	395,93	
3. Übrige Ausgaben	<u>4.295,17</u>	5.117,57
Gewinn/Verlust ideeller Bereich		<u>847,43</u>
B. ERTRAGSTEUERNEUTRALE POSTEN		
Ideeller Bereich (ertragsteuerneutral) Steuerneutrale Einnahmen Sonstige steuerneutrale Einnahmen		70.763,77
Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten		<u>70.763,77</u>
C. VERMÖGENSVERWALTUNG		
Ausgaben		
Ausgaben/Werbungskosten Sonstige Ausgaben		704,20-
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung		<u>704,20</u>
D. SONSTIGE ZWECKBETRIEBE		
Sonstige Zweckbetriebe 2 (Umsatzsteuerfrei)		
1. Einnahmen aus sonstigen betrieblichen Erträgen		8.433,50
2. Ausgaben für Personal		
Löhne und Gehälter	30.479,96	
Soziale Abgaben	13.949,21	
3. Ausgaben für sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>25.759,45</u>	70.188,62
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe 2		<u>61.755,12-</u>
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe		<u>61.755,12-</u>
E. SONSTIGE GESCHÄFTSBETRIEBE		
Sonstige Geschäftsbetriebe 1		
Einnahmen aus sonstigen betrieblichen Erträgen		10,76
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe 1		<u>10,76</u>
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe		<u>10,76</u>
F. JAHRESERGEBNIS		
		<u><u>10.571,04</u></u>

Entwicklung des Anlagevermögens vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Dt. Kinderschutzbund Kreisverband Bayreuth e.V.
Bayreuth

Konto	Bezeichnung	Entw. Stand zum der 01.01.2020 Euro	Zugang Abgang- Euro	Abschreibung Zuschreibung- Euro	Stand zum 31.12.2020 Euro
415	Büroeinrichtung	AHK 1.691,66 Abschr. 1.690,66 BW 1,00			1.691,66 1.690,66 1,00
475	Geringwertige Wirtschaftsgüter	AHK 1.475,90 Abschr. 1.473,90 BW 2,00			1.475,90 1.473,90 2,00
476	Wirtschaftsgüter (Sammelposten)	AHK 751,01 Abschr. 750,01 BW 1,00			751,01 750,01 1,00
Summe		AHK 3.918,57 Abschr. 3.914,57 BW 4,00			3.918,57 3.914,57 4,00

Allgemeine Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften

Stand: August 2005

Die folgenden „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ gelten für Verträge zwischen Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten und Steuerberatungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater“ genannt) und ihren Auftraggebern, sowie nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend.
- (2) Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung ausgeführt.
- (3) Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er Unrichtigkeiten feststellt, ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen.
- (4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies schriftlich vereinbart ist.
- (5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen dar. Sie ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwährenden Handlungen berechtigt und verpflichtet.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- (2) Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers und dessen Mitarbeitern im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen.
- (3) Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.
- (4) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist,
- (5) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (6) Der Steuerberater darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen. Darüber hinaus besteht keine Verschwiegenheitspflicht, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerberater abgelegte und geführte – Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

- (1) Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, fachkundige Dritte sowie Daten verarbeitende Unternehmen heranzuziehen.
- (2) Bei der Heranziehung von fachkundigen Dritten und Daten verarbeitenden Unternehmen hat der Steuerberater dafür zu sorgen, dass diese sich zur Verschwiegenheit entsprechend Nr. 2 Abs. 1 verpflichten.
- (3) Der Steuerberater ist berechtigt, allgemeinen Vertretern (§ 69 StBerG) sowie Praxistreuhandern (§ 71 StBerG) im Falle ihrer Bestellung Einsichtnahme in die Handakten i. S. d. § 66 Abs. 2 StBerG zu verschaffen.
- (4) Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach dem Bundesdatenschutzgesetz, einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern der Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Nr. 2 Abs. 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit auf das Datengeheimnis verpflichtet.

4. Mängelbeseitigung

- (1) Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Dem Steuerberater ist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben.
- (2) Beseitigt der Steuerberater die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Steuerberaters die Mängel durch einen anderen Steuerberater beseitigen lassen, bzw. nach seiner Wahl Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrags verlangen.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit auch Dritten gegenüber berichtet werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechtigte Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

5. Haftung

- (1) Der Steuerberater haftet für eigenes sowie für das Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen.
- (2) Der Anspruch des Auftraggebers gegen den Steuerberater auf Ersatz eines nach Abs. 1 fahrlässig verursachten Schadens wird auf 500.000,- € (in Worten: fünfhunderttausend Euro) begrenzt.
- (3) Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen, insbesondere die Haftung auf einen geringeren als den in Abs. 2 genannten Betrag begrenzt werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber zusammen mit diesen Allgemeinen Auftragsbedingungen bei Vertragsabschluss ausgehändigt werden soll.
- (4) Soweit ein Schadensersatzanspruch des Auftraggebers kraft Gesetzes nicht einer kürzeren Verjährungsfrist unterliegt, verjährt er
 - in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist und der Auftraggeber von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste,
 - ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in fünf Jahren von seiner Entstehung an,
 - ohne Rücksicht auf seine Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen den Schaden auslösenden Ereignis an.Maßgeblich ist die früher endende Frist.
- (5) Die in den Absätzen 1 bis 4 getroffenen Regelungen gelten auch gegenüber anderen Personen als dem Auftraggeber, soweit ausnahmsweise im Einzelfall vertragliche oder außervertragliche Beziehungen auch zwischen dem Steuerberater und diesen Personen begründet worden sind.
- (6) Von den Haftungsbegrenzungen ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

6. Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Mandant ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.

- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- (4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet und berechtigt, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu vervielfältigen. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.

7. Unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 6 oder sonst wie obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistungen in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, eine angemessene Frist mit der Erklärung zu bestimmen, dass er die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnt. Nach erfolglosem Ablauf der Frist darf der Steuerberater den Vertrag fristlos kündigen (vgl. Nr. 10 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

8. Bemessung der Vergütung

- (1) Die Vergütung (Gebühr und Auslagensatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Gebührenverordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften.
- (2) Für Tätigkeiten, die in der Gebührenverordnung keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, andernfalls die übliche Vergütung (§ 612 Abs. 2 und § 632 Abs. 2 BGB).
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

9. Vorschuss

- (1) Für bereits entstandene und die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern.
- (2) Wird der eingeforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Mandanten einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Steuerberater ist verpflichtet, seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Mandanten rechtzeitig bekanntzugeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können.

10. Beendigung des Vertrags

- (1) Der Vertrag endet durch Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
- (2) Der Vertrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag im Sinne der §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich nach Maßgabe des § 627 BGB gekündigt werden; die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber zusammen mit diesen Allgemeinen Auftragsbedingungen bei Vertragsabschluss ausgehändigt werden soll.
- (3) Bei Kündigung des Vertrags durch den Steuerberater sind zur Vermeidung von Rechtsverlusten des Auftraggebers in jedem Fall noch diejenigen Handlungen vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden (z. B. Fristverlängerungsantrag bei drohendem Fristablauf). Auch für diese Handlungen haftet der Steuerberater nach Nr. 5.
- (4) Der Steuerberater ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält oder erhalten hat und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Außerdem ist der Steuerberater verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf Verlangen über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.
- (5) Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die bei ihm zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. von der Festplatte zu löschen.
- (6) Nach Beendigung des Mandatsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.

11. Vergütungsanspruch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags

Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach dem Gesetz. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber zusammen mit diesen Allgemeinen Auftragsbedingungen bei Vertragsabschluss ausgehändigt werden soll.

12. Aufbewahrung, Herausgabe und Zurückbehaltungsrecht von Arbeitsergebnissen und Unterlagen

- (1) Der Steuerberater hat die Handakten auf die Dauer von sieben Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt jedoch schon vor Beendigung dieses Zeitraums, wenn der Steuerberater den Auftraggeber schriftlich aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.
- (2) Zu den Handakten im Sinne dieser Vorschrift gehören alle Schriftstücke, die der Steuerberater aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Briefwechsel zwischen dem Steuerberater und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat, sowie für die zu internen Zwecken gefertigten Arbeitspapiere.
- (3) Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens nach Beendigung des Auftrags, hat der Steuerberater dem Auftraggeber die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.
- (4) Der Steuerberater kann die Herausgabe seiner Arbeitsergebnisse und der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Zurückbehaltung nach den Umständen, insbesondere wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge, gegen Treu und Glauben verstoßen würde. Bis zur Beseitigung vom Auftraggeber rechtzeitig geltend gemachter Mängel ist der Auftraggeber zur Zurückbehaltung eines angemessenen Teils der Vergütung berechtigt.

13. Anzuwendendes Recht und Erfüllungsort

- (1) Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung bzw. der Ort der weiteren Beratungsstelle, wenn der Auftraggeber Kaufmann ist.

14. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit

Falls einzelne Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige zu ersetzen, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt.

15. Änderungen und Ergänzungen

Änderungen und Ergänzungen dieser Auftragsbedingungen bedürfen der Schriftform.